c. 22. 28, C. XII, q. 1; Conc. Trid. Sess. XIV, c. 1 de ref.; Bened. XIV, De synodo dioecese. 7, 2). Ist eine Pfründe verfassungsmäßig errichtet, so soll sie in ihrem Vollbestand erhalten werden.

Ant und Einkommen können Veränderungen erleiden. Die Veränderungen des Amtes s. i. Art. Kirchenamt. Hier handelt es sich um die Veränderungen an der Pfründe. Dahin gehört zunächst die Diminution einer Pfründe, wodurch ihr Ertrag geschmälert wird. Dieß geschieht durch 1. die Dismembration, wenn ein Theil der bisherigen Einkünfte von der Dotation des Amtes abgetrennt und einem andern Kirchenamt oder einer frommen Stiftung zugewiesen wird. Unter den Gesichtspunkt einer Dismembration gehört auch die bloß die Temporalien ergriffende Incorporation. Hierbei muß aber stets dem Pfründner die sog. Congrua verbleiben; ferner gehört dazu, wenn es eine Patronatspfründe ist, die Zustimmung des Laienpatrons (c. 9 X. de his quas sunt a praelat. 3, 10) und bei Pfründen jeder Art jetzt vielfach auch die Genehmigung der Staatsregierung. — 2. Die Auflegung der ständig wiederkehrenden Zahlung eines Zins- oder Befennelgeldes (Census; c. 7, 13 X. de censib. 3, 39). Ein solches wurde nach germanischem Recht meistens zur Anerkennung der Unterwürfigkeit oder eines erworbenen Vorrechtes, z. B. der Exemption, entrichtet (c. 6 X. de relig. dom. 3, 36; c. 8 X. de privileg. 5, 33). Die Pflicht zur Zahlung fundationmäßiger Zinse oder solcher Befennelgeldder ist durch ein wohlverordnetes Recht begründet. Sie würden nur dann eine Schmälderung der Pfründe sein, wenn sie erhöht werden dürften; dieß aber ist verboten (c. 23 X. de jus patr. 3, 38; c. 7 X. de censib. 3, 39). Neu durch Zinse nicht auferlegt werden, außer für eine neue Wohlthat, so daß auch dann keine Schmälderung der Pfründe eintritt (c. 4, 7. 8. 13. 21 X. de censib. 3, 39). — 3. Die Auflegung einer Pension, d. h. eines an einen Dritten auf dessen Lebenszeit zu zahlenden Jahresgeldes, jetzt noch nach Beseitigung mancher mißbräuchlicher Belastungen früherer Zeit in der Art, daß einem zur Amtsführung unfähig gewordenen und deshalb resignirenden Geistlichen ein Theil seines seither bezogenen Amtseinkommens als Ruhegehalt belassen wird (Conc. Trid. Sess. XXV, c. 13 de ref.). — 4. Die Auflegung einer einmal oder einige Male zu entrichtenden Abgabe (exactio). Sie ist jetzt überall erloschen. — Soll aber eine Aenderung der Pfründe gesetzlich eintreten, so setzt sie dieselben Erfordernisse, wie die Errichtung einer Pfründe voraus. 1. Es muß eine gerechte und bringende Ursache vorliegen, die zugleich zeigt, daß das Wohl der Kirche die Aenderung der Pfründe erfordert; 2. die zuständige Kirchenbehörde muß die Verhältnisse untersuchen und die Aenderung beschließen; 3. alle dabei Betheiligten müssen vorher gehört werden; 4. in vielen Ländern muß auch die Staatsgewalt die Aenderung

genehmigen. Daher ist die sog. Säkularisation (s. d. Art.), durch welche die Dotationen von Kirchenämtern bloß auf Befehl der Staatsregierung zum Staatsschatz eingezogen werden, keine rechtl. Art der Aenderung der Pfründen, sondern ein Gewaltstreich. — Aufgehoben wird ein Beneficium durch die gänzliche Aufhebung des Kirchenamtes (supressio, extinctio), da, wie gezeigt, das Einkommen des Amtes durch das kirchliche Amt so wesentlich bestimmt ist, daß mit dem Wegfallen des Amtes auch die Pfründe als dessen Bewidmung wegfällt. [Wuß.]

Beneficium fori, s. Privilegien des Clerus.

Benencasa, Canonist des ausgehenden zwölften Jahrhunderts. Nämlich gewiß ist, daß er in Siena geboren wurde; er lehrte das geistliche Recht zu Bologna, starb aber außerhalb dieser Stadt 1206. Benencasa schrieb Casus doctorem, um so die Erklärung der einzelnen Canones des Decretes an Anschaulichkeit gewinnen zu lassen. Dieselben gingen in der Umarbeitung, welche sie von Bartholomäus von Brescia (s. d. Art.) erfuhren, in die gedruckten Ausgaben des glossirten Decretes über. [N. v. Scherer.]

Benenuom (בִּנְיָוִם) ist 2 Bar. 28, 3; 33, 6 nach dem Vorgang der LXX (ἡ Βενουόμ) als Bezeichnung des Thals beibehalten, welches sonst Gehenna heißt. [Raulen.]

Beneplacitum apostolicum ist die vom zweiten Concil von Lyon c. 22 (c. 2 de rebus eccl. non alien. VI. 3, 9) und abermals durch die Constitution Pauls II. Ambitosas (c. un. Extrav. com. 3, 4) geforderte päpstliche Erlaubniß, welche einer Veräußerung von Kirchengütern vorausgehen muß. Die einmal Gott dem Herrn geweihten, in das Eigenthum der Kirche übergegangenen Güter haben den Zweck, die Befriedigung der Cultusbedürfnisse und den Unterhalt der Kirchenglieder an einem bestimmten Orte auf die Dauer zu ermöglichen. Darum sollen sie auch der Kirche dauernd erhalten bleiben. Deshalb hat das Recht die Veräußerung derselben mit verschiedenen erschwerenden Förmlichkeiten (solemnitates) umgeben; von diesen sind der Consens des Capitels, die Genehmigung des zuständigen Bischofs und vor Allem die Erlaubniß des Papstes die wichtigsten. Unter Kirchengut, zu dessen Veräußerung die päpstliche Genehmigung erforderlich ist, sind hier nicht bloß die Gebäude und das Vermögen der Kirchenfabrik, sondern auch das Eigenthum der kirchlichen Pfründen, Klöster, Hospitäler, Kapellen, sofern dieselben mit bischöflicher Genehmigung errichtet wurden, zu verstehen, mit einem Worte alles unbewegliche und bewegliche Vermögen, alle Renten, Rechte und Pretiosen, welche die Kirche einmal zu eigen erworben hat. Die Genehmigung ist jedoch nicht nothwendig, wenn entweder 1. der zu veräußernde Gegenstand den Werth von 40 römischen Scudi (also 101 1/2 fl. rh. = 173 3/4 Mk.) nicht übersteigt, oder wenn es sich 2. um eine Verpachtung auf drei resp. neun Jahre, oder aber 3. um eine althergebrachte Dahingabe von kirch-